

Inhaltsprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Kultur, Engagement und Demokratieförderung

21. Sitzung
28. August 2023

Beginn: 14.14 Uhr
Schluss: 17.10 Uhr
Vorsitz: Peer Mock-Stümer (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Siehe Beschlussprotokoll.

Punkt 1 der Tagesordnung

Aktuelle Viertelstunde

1. „Welche Vorsorge hat der Senat getroffen, der Komödie am Kudamm eine Ersatzspielstätte zur Verfügung zu stellen oder die Mietzahlungen für die aktuelle Ausweichspielstätte am Potsdamer Platz zu übernehmen, da der Investor, die zu der kurz vor dem Konkurs stehenden Adler-Group gehörende Aggregate Holding, voraussichtlich weder die Baumaßnahmen beenden noch die weiteren Mietzahlungen für die Ausweichspielstätte am Potsdamer Platz leisten kann?“
(Auf Antrag der Fraktion Die Linke)

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) antwortet auf die Frage von **Dr. Manuela Schmidt** (LINKE), dass ihm aktuell nichts bezüglich einer drohenden Insolvenz oder dergleichen vorliege. SenKultGZ befinde sich in einem engen Austausch mit der Komödie und habe Signale erhalten, dass grundsätzlich Einvernehmen darüber bestehe, dass der Investor die Mittel für die erforderlichen Mietzahlungen aufgrund des Bauverzugs zur Verfügung stellen werde. Er kenne die Befürchtungen, aber es sei nichts akut.

2. „Wie plant der Senat zukünftig Frauen vor sexuellen Übergriffen auf Konzerten zu schützen, vor dem Hintergrund dass es augenscheinlich keine Regelung durch den Markt gibt, etwa durch weniger Besucher*innen oder schlechte Presse?“
(Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen)

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) antwortet auf die Frage von **Daniela Billig** (GRÜNE), Machtmissbrauch, Diskriminierung und auch sexuelle Belästigungen seien inakzeptable Verhaltensweisen, gegen die die Senatsverwaltung entschlossen vorgehe. AGG-Beschwerde- und -Anlaufstellen wie Themis und Projekte wie Fairstage würden weiterhin im Haushalt unterstützt. SenKultGZ appelliere an die Veranstalter, ihre Sicherheitskonzepte für die Besucherinnen und Besucher zu überarbeiten, und empfehle, wo es notwendig sei, Awarenesssteams zur Verfügung zu stellen. Es sei aber schwierig, in den Markt einzugreifen.

Daniela Billig (GRÜNE) bekräftigt, dass die Beratungsstellen wichtig seien und nicht gekürzt werden dürften. Damit geförderte Institutionen mit gutem Beispiel vorangingen, reichten jedoch Appelle und Empfehlungen nicht aus. Welche Ideen verfolge der Senat darüber hinaus, um diese Verhaltensweisen zukünftig zurückzudrängen, Hilfestellungen zu geben und Verantwortung zu übernehmen, damit es nicht bei einer Wette auf die Zukunft bleibe?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) stellt klar, dass die Abgeordnete Billig auf den Fall Rammstein anspiele, der sich im privatwirtschaftlichen Bereich abspiele. Bei den geförderten Institutionen gebe es eine klare Linie, die mittels Monitoring überwacht und in Quartalsgesprächen abgeglichen werde. Es werde mit den Veranstaltern aus der Privatwirtschaft gesprochen und darauf geachtet, dass sie sich an die Vorgaben hielten, aber es sei dem Senat nicht möglich, dort eine Regulierung vorzunehmen.

3. „Wie unterstützt der Senat die engagementpolitischen Jahres-Highlights, die bundesweite ‚Woche des bürgerschaftlichen Engagements‘ (8.-17. September) und den Tag der Demokratie am 15. September?“
(Auf Antrag der Fraktion der SPD)

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) antwortet auf die Frage von **Ulker Radziwill** (SPD), dass im Rahmen der bundesweiten Woche des bürgerschaftlichen Engagements die Berliner Engagementwoche und die Berliner Freiwilligentage stattfänden. Veranstalter seien „Der Tagesspiegel“ und der Paritätische Wohlfahrtsverband gemeinsam mit zahlreichen Kooperationspartnern. Die von Ehrenamtlichen und Freiwilligen getragenen berlinweiten Veranstaltungen, Mitmachaktionen und Events sollten die Lust auf freiwilliges Engagement fördern. Mitinitiatoren seien die Landesfreiwilligen Agentur und das Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, die vom Senat unterstützt und gefördert würden. Aktuell werde geprüft, an welcher Mitmachaktion der Senat teilnehmen werde. Der Berliner Demokratietag werde stärker als in der Vergangenheit mit der Engagementwoche und den Freiwilligentagen verknüpft. Freiwilliges Engagement stärke die Demokratie, erfülle sie mit Leben und fördere ihre Krisenresilienz.

Der Senat unterstütze den Demokratietag mit 200 000 Euro jährlich. Diese Förderung solle nach dem aktuellen Haushaltsentwurf des Senats verstetigt werden. Organisiert werde der diesjährige Berliner Demokratietag von der Stiftung Zukunft Berlin, dem Migrationsrat Berlin und der Initiative Offene Gesellschaft in Kooperation mit der Landesfreiwilligen Agentur

Berlin und vielen anderen Partnern, u. a. vielen Freiwilligenagenturen aus den Bezirken. Auf dem Programm stünden zahlreiche Veranstaltungen unterschiedlicher Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft, die einen Beitrag zur Demokratie leisteten. Es sei ein Aktionsfonds eingerichtet worden, um innovative Projekte und Ideen zur Stärkung der Demokratie zu fördern, und den Interessierten stehe eine Demokratiebox zur Verfügung, die niedrigschwellige, spielerische Methoden und Werkzeuge zur Auseinandersetzung mit Demokratie und gleichberechtigter Teilhabe enthalte. Auf der Eröffnungsfeier auf dem Winterfeldplatz stellten sich verschiedene Akteurinnen und Akteure der Stadtgesellschaft vor, es gebe ein Bühnenprogramm und verschiedene Möglichkeiten, an Mitmachangeboten und Workshops teilzunehmen.

Ulker Radziwill (SPD) zeigt sich darüber erfreut, dass der Staatssekretär diese politischen Highlights im engagementpolitischen Kalender so deutlich hervorhebe. Sie schließe sich seiner Meinung an, dass Engagement für jeden Einzelnen gut sei und die Gesellschaft stärke.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) bedankt sich für die Anerkennung, die vor allem den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Fachreferats sowie den vielen Ehrenamtlichen und Freiwilligen, die sich in den Projekten engagierten, gezollt werden müsse. Er appelliere an die Abgeordneten, die Unterstützung des Demokratietag zu verstetigen. Er werde dazu in den Haushaltsberatungen sowohl in diesem Ausschuss als auch im Hauptausschuss noch einmal Stellung beziehen.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer stellt fest, dass keine weiteren Wortmeldungen vorlägen und der Tagesordnungspunkt abgeschlossen sei.

Punkt 2 der Tagesordnung

Bericht des Senats

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) berichtet, dass der Umzug des Referats Europa in die Senatskanzlei und der Einzug des Referats Gesellschaftlicher Zusammenhalt in die Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhang abgeschlossen seien.

SenKultGZ habe die Sommerpause dazu genutzt, Projekte voranzutreiben. Vor allem seien die Verhandlungen zum Erhalt des Künstlerstandorts Uferhallen hervorzuheben, die kurz vor dem Abschluss stünden.

Am 24. August 2023 habe er im Rahmen des Kultursommerfestivals und anlässlich des Unabhängigkeitstages der Ukraine gemeinsam mit dem Bundespräsidenten und dem Botschafter der Ukraine ein Konzert des Ukrainian Freedom Orchestra eröffnet. – Am 25. August 2023 sei die Saison der Berliner Philharmoniker eröffnet worden, und am 26. August 2023 habe die Lange Nacht der Museen stattgefunden. – Neben zahlreichen Veranstaltungen der Clubs und der freien Szene seien am vergangenen Wochenende die Young Euro Classic 2023 zu Ende gegangen.

Möglicherweise sei ein neuer Standort für die Zentrale Landesbibliothek Berlin – ZLB – gefunden worden. Es werde derzeit evaluiert, ob die Galeries Lafayette dafür in Frage kämen.

Der Auszug der Galeries Lafayette sei für 2024 geplant. Derzeit würden Gespräche geführt, wie eine Realisierung aussehen könne. Ein Umzug der ZLB an diese zentrale Lage könne auch zur Belebung der Friedrichstraße beitragen.

Staatssekretär Oliver Friederici (SenKultGZ) ergänzt, dass sich zwei Ausschreibungen der Senatsverwaltung für Kultur und Gesellschaftlichen Zusammenhalt zur Projektförderung in der Vorbereitung befänden. Es stünden Fördermittel für Räume von sozial, integrativ und religionsübergreifend engagierten Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften zur Aufrechterhaltung ihrer gemeinwohlorientierten Angebote bereit. Die Abgabefrist für die Anträge ende am 31. August 2023. Für das Haushaltsjahr 2024 gebe es zwei Förderschwerpunkte, zum einen die religionsübergreifende Zusammenarbeit, zum anderen die Förderung religions-, sozial- und integrationspolitischer Projekte muslimischen Lebens. Dafür ende die Abgabefrist am 31. Oktober 2023.

Die 12. Lange Nacht der Religionen werde am 2. und 3. September 2023 stattfinden, dazu gebe es eine Auftaktveranstaltung am 30. August 2023 in der Friedenskirche. – Am 9. September 2023 lade das Berliner Forum der Religionen zu einem Fest der Religionen in die Heilig-Kreuz-Kirche ein. – Das Erzbistum Berlin habe am 21. Juni 2023 die Grundsteinlegung für den Neubau des Bernhard-Lichtenstein-Hauses gefeiert.

SenKultGZ habe in den letzten Wochen der Sommerpause mit dem Landesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement, der Landesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen – LAG-FA –, dem Landesfeuerwehrverband sowie dem Landessportbund Gespräche zur Verstärkung der Zusammenarbeit geführt.

Die diesjährige Verleihung des Berliner Unternehmenspreises werde am 31. August 2023 in den Räumlichkeiten der IHK stattfinden. 44 Berliner Unternehmen hätten sich beworben, aus denen eine fünfköpfige Jury in drei Kategorien die Finalisten ausgewählt hätten. Die endgültigen Preisträger würden bis zur Verleihung geheim gehalten.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) hebt hervor, es sei eine gute Nachricht, dass es für die ZLB eine Lösung gebe. Könne der Senator bereits Angaben zu einem Zeit- oder Kostenplan machen?

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) führt aus, dass aktuell darüber nachgedacht werde, wie die Friedrichstraße belebt werden könne. Die vorliegende Idee sei haushalterisch noch nicht zu Ende gedacht. Sie betreffe den Haushalt 2026. Die Diskussion werde intern vorangetrieben. Das Thema liege seit fast 100 Jahren auf dem Tisch. Den ersten Beschluss von 1914 sei durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges verhindert, der zweite von Eberhard Diepgen durch die Deutsche Einheit verschoben worden. Es sei gut, die Idee zu teilen, ohne dem Ausschuss irgendwelche Vorschriften zu machen. Im Vordergrund stehe der umarmende Gedanke, und er freue sich darauf, die Idee mit der Koalition und in diesem Ausschuss weiter zu diskutieren. Es lägen noch keine Zahlenmodelle vor, bislang gebe es nur eine grobe Richtung. Mögliche Optionen seien Kauf, Mietkauf oder reine Miete. Mehr gebe es dazu derzeit nicht zu sagen.

Daniel Wesener (GRÜNE) stellt heraus, es sei erfreulich, dass die Gespräche offensichtlich einen Stand erreicht hätten, auf dem die Idee kommuniziert werden könne. Neben der wirtschaftlichen Dimension interessiere ihn vor allem die kulturfachliche Eignung des Stand-

orts. Seiner Kenntnis nach hätten Voruntersuchungen ergeben, dass die Galeries Lafayette für eine Bibliotheksnutzung geeignet seien. Bei der Suche nach einem geeigneten Haus gehe es um die Zusammenführung von Standorten, um eine Flächenerweiterung und auch um die Weiterentwicklung von Bibliotheken als Dritte Orte. Inwiefern würden diese Fragestellungen berücksichtigt? Wann würden erste Ideen hinsichtlich der Räume bei einer potenziellen Nachnutzung auf dem Tisch liegen? Es bestehe in diesem Ausschuss überparteilich Einigkeit darüber, dass in dem Standort eine große Chance liege.

Senator Joe Chialo (SenKultGZ) entgegnet, dass die spezifischen Fragen zu einem späteren Zeitpunkt gemeinsam erörtert würden. Ihm sei es erst einmal darum gegangen, den Gedanken zu platzieren. Über die Standortfrage sei jahrelang ergebnislos diskutiert worden. Für die Galeries Lafayette als Standort sprächen z. B.: 64 Prozent weniger CO₂-Ausstoß gegenüber eines vergleichbaren Neubaus, die zeitliche Begrenzung, die Innenstadtlage mit Anbindung an die Hochkultur.

Melanie Kühnemann-Grunow (SPD) wirft ein, dass die Mitglieder dieses Ausschusses schon über einen langen Zeitraum hinweg die Entwicklung der ZLB begleiteteten. Ihre Fraktion sehe in dem Vorschlag eine große Chance. Es sei ein offenes Geheimnis, dass Gespräche dazu stattfänden. Sie schlage vor, das Thema mit einem eigenen Besprechungspunkt ggf. verbunden mit einer Anhörung zeitnah auf die Tagesordnung zu setzen.

Dr. Robbin Juhnke (CDU) stimmt zu, es sei erfreulich, dass eine fachliche Prüfung ergeben habe, dass eine Realisierung an dem Standort denkbar sei. Die Probleme am Standort Blücherplatz seien bekannt. Diese Entscheidung sei damals auf einer Basis, die nicht alle Rand- und Rahmenbedingungen miteinbezogen hätte, getroffen worden, sodass eine neue Diskussion über die Sinnhaftigkeit des Blücherplatzes entstanden sei. Die Alternativlösung könne dagegen verschiedene Nutzungsformen stiften, wodurch dieser Standort möglicherweise auch von unterschiedlichen Seiten Unterstützung erhalten werde. Er freue sich auf weitere Informationen und darauf, die Debatte im Ausschuss wohlwollend zu begleiten.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer schlägt vor, die Anregungen aufzunehmen das Thema zeitnah auf die Tagesordnung zu setzen.

Der **Ausschuss** beschließt, aus Zeitgründen auf eine Befragung des Generaldirektor der ZLB, Volker Heller, in dieser Sitzung zu verzichten.

Vorsitzender Peer Mock-Stümer erklärt, dass dieser ständige Tagesordnungspunkt vertagt sei.

Punkt 3 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Transparenz und Gerechtigkeit in der
Kulturförderung verbessern. Zukunft der Basis- und
der Konzeptförderung für freie Gruppen mit/ohne
Spielstätten**
(auf Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der
SPD)

[0193](#)
KultEnDe

Hierzu: Anhörung

Siehe Wortprotokoll.

Punkt 4 der Tagesordnung

Besprechung gemäß § 21 Abs. 3 GO Abghs
**Situation und Akquise der Produktions-, Arbeits-
und Präsentationsräume Berliner Kulturschaffender**
(auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und
der Fraktion Die Linke)

[0116](#)
KultEnDe

Daniela Billig (GRÜNE) schlägt vor, den Tagesordnungspunkt aus Zeitgründen zu vertagen.

Dr. Manuela Schmidt (LINKE) schließt sich dem Vorschlag ihrer Vorrednerin an. Sie bitte aber darum, das Thema in der ersten Lesung der Haushaltsberatungen etwas ausführlicher zu besprechen, da sich daraus Berichtsaufträge ergäben könnten.

Der **Ausschuss** kommt überein, den Tagesordnungspunkt 4 zu vertagen.

Punkt 5 der Tagesordnung

Verschiedenes

Siehe Beschlussprotokoll.